

3/SN-206/ME 1 von 4

**Amt der Tiroler Landesregierung**

A-6010 Innsbruck, am 24. Juli 1992

Präs.Abt.II/EG-Referat-1406/36

Tel. 0512/508, Durchwahl Klappe 157

FAX 0512/508595

Sachbearbeiter: Mag. Salcher

An das
Bundesministerium
für Inneres
Herrengasse 7
1014 Wien

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Schritt GESETZENTWURF	
Zl. 72	GEH9 72
Datum: 20. AUG. 1992	
21. Aug. 1992	
Verteilt	

T E L E F A X

Loesch-Horvath

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Einreise und
den Aufenthalt von Fremden (Fremdengesetz-FrG);
Stellungnahme

Zu Zahl 76201/4-I/7/92 vom 23. Juni 1992

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Einreise und den Aufenthalt von
Fremden (Fremdengesetz-FrG) wird folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Die in der Stellungnahme vom 19. 11. 1990, Zl. Präs.Abt.II-1406/2, zum
mit Schreiben des Bundesministeriums vom 13.10.1990, Zl.
112.777/39-I/7/90, ausgesandten Begutachtungsentwurf geäußerten Bedenken
bzw. Anregungen werden aufrechterhalten.
2. Zu § 22:

Im § 6 Abs. 1 des unter Z. 1 angeführten Begutachtungsentwurfes war
normiert, daß das Aufenthaltsverbot eine Woche nach Eintritt der Rechts-
kraft des Bescheides durchsetzbar wird. Im Abs. 3 dieser Bestimmung
war vorgesehen, daß der Eintritt der Durchsetzbarkeit bis zur Entschei-
dung des Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshofes über einen vom Freu-
den im Zusammenhang mit einer Anfechtung des Aufenthaltsverbotes nach-
weislich eingebrachten Antrag auf aufschiebende Wirkung aufzuschieben
ist. Die Erläuternden Bemerkungen führten dazu aus, daß es unbillig
wäre, dem Betroffenen nicht die Möglichkeit zu geben, im Inland die
Entscheidung des Höchstgerichtes über den Antrag auf Zuerkennung der
aufschiebenden Wirkung abzuwarten. Eine dem § 6 entsprechende Regelung
fehlt im nunmehrigen Entwurf. Es ist allerdings nicht einsichtig, warum
die Unbilligkeit jetzt nicht mehr gegeben sein soll.

- 2 -

3. Zu § 24 Abs. 2:

Es wird angeregt, auch den Erlag einer Kautions als Auflage vorzusehen. Hinsichtlich des rechtlichen Schicksals bei Nichtbefolgung der Auflage könnte eine dem § 37 VStG entsprechende Bestimmung getroffen werden.

4. Zu § 41 Abs. 2:

Da die Schubhaft in der Praxis vielfach mittels Mandatsbescheid nach § 57 AVG angeordnet wird, sollte auch die Vorstellung für unzulässig erklärt werden, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

5. Zu § 46:

Die Normierung einer Verpflichtung der Bezirksverwaltungsbehörden zur Unterhaltung von Hafträumen wird abgelehnt, da die bisherige Regelung den praktischen Erfordernissen durchaus genügt.

Ebenso entgegengetreten wird der im Abs. 5 normierten Kostentragungspflicht der Länder.

Nach Art. 10 Abs. 1 Z. 7 B-VG ist "Fremdenpolizei" Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung. Nach der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes zu § 2 F-VG 1943 wäre der Aufwand für den Vollzug der Schubhaft in Hafträumen der Bundespolizeidirektion und der Bundesgendarmerie jedenfalls zur Gänze vom Bund zu tragen. Dies ist im Hinblick auf die Zuständigkeit des Bundes auch gerechtfertigt. Eine Abwälzung der Kosten auf die Länder - wohl aus Gründen der Budgetsanierung - ist abzulehnen.

- 3 -

Ungeachtet dessen wird der Bund an seine Verhandlungspflicht nach § 5 FAG 1989 erinnert, da mit dieser Maßnahme erhebliche Mehrbelastungen für die Länder verbunden wären.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Riedl